

Zeitschrift: Schweizerische Lehrerinnenzeitung
Herausgeber: Schweizerischer Lehrerinnenverein
Band: 71 (1967)
Heft: 6

Artikel: Schulprobleme in der Schweiz und im Ausland
Autor: Kramer, Andreas / Schmid-Theiler, M.-Th.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-319953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zifische Art des Denkens, Fühlens und Handelns die Voraussetzung und ein gesundes Selbstvertrauen des Kindes das Ziel aller elterlichen Bemühung sein. In diese Atmosphäre des Vertrauens zu den Eltern — und Älteren — fließt von selbst so viel «Schulisches» hinein, daß die Eltern kein Lehrprogramm und keine Anleitung brauchen, um ihr Kind auf das Leben vorzubereiten. —

Literatur: Alfred A. Häsler: «*Schulnot im Wohlstandsstaat*» (Ex Libris, Fr. 5.80). Gene Schwartz: «*Deuto-Lernen — wie man Lernen lernt*» (Ramòn F. Keller Verlag, Genf). Glenn Doman: «*Wie kleine Kinder lesen lernen*» (Hyperion Verlag, Freiburg im Breisgau). Walter Abegg: «*Schulmüde Kinder*» (Werner Classen Verlag, Zürich und Stuttgart).

Schulprobleme in der Schweiz und im Ausland

SCHWEIZ

Weniger Schulunterricht für Mädchen?

Man liest oft mit einer gewissen Verwunderung, daß die jungen Töchter unseres Landes nur einen schwachen Prozentsatz unter den Studierenden einnehmen, daß sie noch weniger Interesse für öffentliche Angelegenheiten als ihre männlichen Altersgenossen bekunden und die Zahl derer, die Freude an geistiger Betätigung zeigen oder sich mit grundsätzlichen Fragen beschäftigen wollen, erstaunlich klein sei. Es ist wohl an der Zeit, die Frage zu stellen, wie weit unsere Schulen Anteil an dieser Erscheinung haben?

Die Kommission für Frauenberufsfragen des Bundes schweizerischer Frauenvereine hat deshalb Frau M.-Th. Schmid-Theiler beauftragt, eine *Erhebung über die Lehrpläne unserer 25 Schulsysteme durchzuführen mit dem Zweck, einen Überblick über die Unterschiede der Schulprobleme in der obligatorischen Volksschule für Mädchen und Knaben nach Art und Umfang zu gewinnen*. Eine solche Untersuchung, auch wenn sie auf das sorgfältigste bearbeitet wurde, vermag niemals in jeder Hinsicht hieb- und stichfest zu sein; denn gegenwärtig befinden sich verschiedene Lehrpläne in Revision, andere sind eher als Empfehlungen statt Regelungen zu betrachten, dann wiederum gibt es Kantone, wo die Lehrplanfragen der Volksschule den Gemeinden und lokalen Schulbehörden überlassen und ein Vergleich entsprechend schwierig ist. Schließlich führt die Tatsache, daß unsere Schulsysteme in die kantonale Autonomie gehören, dazu, daß gleiche Benennung nicht überall das gleiche bedeutet, und zwar nicht einmal in Kantonen, die der selben Sprachgruppe angehören.

Die vorliegende Studie zeigt dennoch eindeutig, daß unsere Lehrpläne im allgemeinen schon auf der Primarschulstufe den Knaben eine bessere Schulbildung gewähren. Einige Beispiele mögen dies belegen:

In 15 Kantonen erhalten die Mädchen weniger Unterricht in den arithmetischen Fächern als die Knaben (20—480 Std.);

in 14 Kantonen deutlich weniger Stunden in den Fächern Naturkunde/Naturlehre (20—160 Std.);

in 17 Kantonen weniger Turnen (120—360 Std.);

Ähnliche Unterschiede finden sich in den Fächern Muttersprache, Geschichte, Heimat- und Staatskunde, Zeichnen/Gestalten.

Wenn die Mädchen schon in der Primarschule in wichtigen Fächern weniger gefördert werden als die Knaben, verwundert es nicht, daß nur eine Minderheit ein Studium absolviert; auch scheint es klar, daß dadurch viele Befähigte unserem Land verlorengehen. Ebenso würde bei einer besseren Schulausbildung der Mädchen der kulturelle Fortschritt gefördert, einerseits, indem das für die gesamte Wirtschaft dringend erforderliche Kader erweitert werden könnte, anderseits, indem die künftige Mutter auf Grund ihrer Bildung mitwirkt, daß sich ihre Töchter und Söhne geistig wirksamer entfalten.

Die Erhebung von Frau Schmid-Theiler kann beim Schweizerischen Frauensekretariat, Merkurstraße 45, 8032 Zürich, bezogen werden. Preis Fr. 10.—.

Interkantonale Zusammenarbeit im Westschweizer Schulwesen dringlich

In einer von den welschen Gruppen der neuen Helvetischen Gesellschaft durchgeführten Studie über Koordinationsfragen zwischen westschweizerischen Kantonen wird eine bessere Zusammenarbeit in Schulfragen als die wichtigste und dringlichste Aufgabe der welschen Kantone bezeichnet. Insbesondere wird hervorgehoben, daß das Schuleintrittsalter, die Schulmittel und die Eintrittsbedingungen an die Universitäten für alle französischsprachigen Kantone gleich sein sollten.

Weitere Empfehlungen der Studie, deren Ergebnis allen Groß-, Staats- und Nationalräten der Westschweiz zugänglich gemacht worden sind, laufen darauf hinaus, eine bessere Koordination zwischen den Parlamenten und den Finanzdepartementen der Kantone herzustellen. Vielfach, so wird festgestellt, könnte bei der Beratung von Gesetzesvorlagen die Erfahrung von Nachbarkantonen auf gleichem Gebiet von Nutzen sein. Auch sei zutage getreten, daß verschiedenartige Steuer- und Finanzwesen zu bedauerlichen Resultaten führten.

Im Hochschulwesen wird empfohlen, gewisse Fakultäten nur noch an einer statt an zwei Universitäten zu führen und auch andere Rationalisierungsmaßnahmen vorzunehmen.

(Aus der NBZ, Chur)

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Diskussion um die Bekenntnisschule in Deutschland

Gegenwärtig schlägt in der Bundesrepublik die Diskussion um die Schulform hohe Wellen. Als nach dem zweiten Weltkrieg die Deutschen vor dem Scherbenhaufen ihres Staates standen, führten

sie die Verrohung der Sitten und das damit verbundene Hineinschliddern in die Katastrophe nicht zuletzt auf die von den Nazis stark geförderte *Abkehr der Jugend von den christlichen Konfessionen* zurück. Den beiden großen Landeskirchen war es folglich ein leichtes, die Einführung der Konfessionsschule durchzusetzen, wobei sie sich auf das Recht der Eltern beriefen, die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Während nun die immer noch stärkste Partei im Bundestag, die CDU/CSU, nach wie vor mehrheitlich am Prinzip der Konfessionsschule festhält, bekennen sich die SPD und FDP, die zusammen die Mehrheit der Abgeordneten stellen, für die Gemeinschaftsschule. In der Ära Adenauer kaum angefochten, sieht sich die Bekenntnisschule wegen der ihr innewohnenden unverkennbaren Mängel heute einer ständig lauter werdenden Kritik ausgesetzt, und so sehr sich besonders die katholische Kirche trotz allen Einwänden auch für sie wehrt, so scheinen auf lange Sicht ihre Tage doch gezählt zu sein.

In der Tat sind die Argumente gegen die christliche Bekenntnisschule sehr ernsthaft. Während besonders in konfessionell gemischten Gebieten beim System der Bekenntnisschulen zwei Lehranstalten erforderlich sind, die beide ihrem Schulungsauftrag wegen der damit verbundenen *Kostenvertreibung* und infolge des *Lehrermangels* nur höchst unzureichend gerecht zu werden vermögen, ließen sich bei den angestrebten Gemeinschaftsschulen die aufgewandten Mittel im Sinne einer kontinuierlichen Schulung und umfassenderen Wissensvermittlung einsetzen — eine Möglichkeit, die gerade bei dem in der Bundesrepublik befürchteten «Bildungsnotstand» doch sehr ins Gewicht fällt. Außerdem ist die Überlegung nicht zu widerlegen, daß es für die Erziehung zum toleranten Staatsbürger keineswegs förderlich ist, wenn die Kinder bereits in den Schulen separiert und somit das Trennende der Konfessionen entgegen den Beschlüssen des letzten vatikanischen Konzils hervorgehoben und überbewertet werden.

Einen beachtlichen Erfolg erzielten kürzlich die Befürworter der Gemeinschaftsschulen im Bundesland *Baden-Württemberg*, wo nach dem Hinüberwechseln des damaligen Ministerpräsidenten Kiesinger in das Bonner Bundeskanzleramt die CDU eine Koalition mit der SPD einging, die ihrerseits die Einführung der Gemeinschaftsschule zur Bedingung für eine Regierungsbeteiligung machte. Da analog wie die Kantone in der Schweiz in Deutschland die Länder die Kulturhoheit ausüben, nützte den heftig opponierenden katholischen Bischöfen auch die Berufung auf das mit dem Hitler-Regime abgeschlossene Reichskonkordat nichts. Die Bekenntnisschulen werden abgeschafft.

Wie stark die Bestrebungen für eine Schulreform sind, beweist unter anderem eine im geschlossenen katholischen Bundesland *Bayern* auf Initiative der liberalen FDP hin durchgeführte Befragung für eine Volksabstimmung zugunsten der Gemeinschaftsschule. Obschon

übereifrige Postbeamte den Stimmbürgern die Fragebögen gar nicht oder verspätet zustellten, obschon die Sozialdemokratische Partei aus Furcht vor möglichen Stimmverlusten bei der katholischen Bevölkerung im Gegensatz zu ihrem Parteiprogramm die Initiative der Liberalen nicht unterstützte, scheiterte sie nur sehr knapp an der Millionen-Grenze und endete somit mit einem unerwarteten Erfolg.

Nun ist es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der katholischen Kirche und der Landesregierung von *Nordrhein-Westfalen* über die bestehende Schulform gekommen. Die fünf Bischöfe des Landes protestierten in einer gemeinsamen Resolution entschieden gegen die Absicht der in Düsseldorf regierenden SPD/FDP-Koalition, die Hauptschule als Gemeinschaftsschule einzuführen. Die Pläne der Regierung verletzen «die demokratischen Grundrechte, die Menschenrechte und das Reichskonkordat», weil der Elternwille bei der Gründung der Hauptschule (5. bis 9. Schuljahr der Volksschule) ausgeschaltet werden solle. In einer Erwiderung auf diese Resolution verwahrte sich der nordrhein-westfälische Kultusminister Holthoff gegen die Unterstellung der Rechtsbeugung und erklärte, die Absicht der Landesregierung sei auch juristisch durchführbar. Mit der Zusicherung, daß die Kirchen konfessionelle Hauptschulen auf privater Basis errichten könnten, seien die Bestimmungen des Konkordat-Vertrages zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich voll erfüllt worden. Überdies könne der Staat schwerlich mit einer konfessionell neutralen Hauptschule den Elternwillen verfehlen, da sich bei einer Meinungsumfrage mehr als achtzig Prozent der Bevölkerung für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen hätten.

Es sind also mannigfache Bestrebungen zugunsten der Gemeinschaftsschule in allen deutschen Bundesländern festzustellen. Das Argument jedenfalls, die zwischen den beiden Weltkriegen in Deutschland eingeführte Gemeinschaftsschule habe das Entstehen der faschistischen Diktatur begünstigt, erweist sich schon deshalb als wenig stichhaltig, als gerade in Bayern trotz streng separierter Bekenntnisschulen bei den letzten Landtagswahlen die *neofaschistische NPD* einen aufsehenerregenden Erfolg verbuchen konnte. Die 1933 sichtbar gewordene Resignation der Deutschen vor der Diktatur ist wohl weniger auf das Nichtvorhandensein einer konfessionell getrennten Schulausbildung zurückzuführen als vielmehr auf das Aufreißen konfessioneller Gräben, die beispielsweise die Abwertung Deutscher mosaischen Glaubens als Menschen minderer Art ja erst möglich machte, was schließlich zu Auschwitz führte. Mögen solche Gründe für die Deutschen bei ihrem Votum für oder gegen die Gemeinschaftsschule auch kaum erkennbar und daher nicht maßgeblich sein, so würden sie dennoch aus reinem Zweckmäßigkeitsdenken heraus bei einer Volksbefragung der Bekenntnisschule den Abschied geben.

Andreas Kramer, Bonn (SFD)

Weltweite Hebung des Lehrerstandes

Von einer UNESCO-Konferenz in Paris wurde kürzlich eine internationale «Magna charta» für den Lehrerstand unterzeichnet, auf der die Unterschriften von Delegierten aus 80 Mitgliedstaaten der UNESCO stehen. Es heißt darin, daß die 16 Millionen Lehrer auf der Welt die größte Gruppe unter den Geistesarbeitern bilden. In einer Reihe von Empfehlungen werden sodann Vorschläge für eine Verbesserung der Berufsbedingungen gemacht. Mit besonderem Nachdruck wurde die Frage des weltweiten Lehrermangels behandelt, der hauptsächlich in den Entwicklungsländern ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen hat. (SFD)

Bei den Arbeitslehrerinnen zu Gaste

Am 4. Juni tagte in Chur der *Schweizerische Arbeitslehrerinnen-Verein*. Im blumengeschmückten Saal des Kirchgemeindehauses trafen sich die Delegierten aus den deutschsprachigen Kantonen, herzlich begrüßt von der Kantonalpräsidentin, Frau *Rauch*, Bergün. Die reichlich befrachtete Traktandenliste wurde in speditiver Weise durch die bewährte, sympathische Präsidentin, Frau *Toggwyler-Conrad*, durchberaten. Trotz gegensätzlicher Auffassung in der Frage der Präsidentinnenkonferenz haben die verschiedenen Sprecherinnen in kollegialer, kameradschaftlicher Weise Stellung genommen. Auch die gut vorbereiteten Wahlen wurden in Einmütigkeit vollzogen. An Stelle der zurücktretenden Präsidentin übernimmt Frau *Coradi-Juon*, Zürich, das Amt, also wieder eine gebürtige Bündnerin. Die Sektion Zürich überreichte der neuen Präsidentin einen prächtigen Rosenstrauß. Von Frau Toggwyler und weiteren austretenden Zentralvorstandsmitgliedern wurde mit herzlichen Dankesworten und mit Blumengaben Abschied genommen. — Beim gemeinsamen Mittagessen fanden sich als Gäste der Vertreter des Kantons, der Stadt Chur und des Kantonalen Lehrervereins ein. Herr Regierungsrat *Stiffler* und Herr Stadtrat *Mayer* überbrachten die Grüße der Kantons- und Stadtbehörden. — Am Nachmittag wurde unter kundiger Führung die Altstadt besichtigt oder ein Abstecher in den Bergfrühling unternommen, und gegen Abend führten die Züge unsere Kolleginnen der Handarbeitsschulen wieder zurück in die heimatlichen Dörfer und Städte. ME

Was kleine Schüler sagen, schreiben und denken

Es ist morgens 7 Uhr. Felix, der frischgebackene Erstkläßler, räkelt sich im Bett und möchte lieber noch ein wenig in den Federn bleiben. Mit viel Überredungskunst bringe ich ihn dazu, aufzustehen. Felix gähnt herzhaft und meint: «Weisch, Mueti, i wett lieber, i wär scho pensioniert!» EH

*

Meine Zweitkläßler schrieben Sätzlein über ein Schulwandbild von Alois Carigiet: Bündner Bergdorf im Winter. Nach einer halben Stunde